

## DÄNEMARK AUF DEM WEG VON EDINBURGHER BESCHLÜSSEN ZUR ERWEITERUNG, GLOBALISIERUNG UND BÜRGERLICHEN VERANKERUNG

---

ŠTĚPÁNKA ZEMANOVÁ

*Während der letzten Dekade, Dänemark galt für einen der euroskeptischsten Mitglieder der Europäischen Union. Dieses Image kann man für eine Reaktion auf die reservierten Stellungnahmen von der dänischen politischen Repräsentation und einem nicht übersehbaren Teil der Öffentlichkeit in den 70er und 80er Jahren halten. Es widerspiegelte aber auch das Ergebnis der Volksabstimmung vom 2. Juni 1992, in der dänischen Bevölkerung den Vertrag von Maastricht ablehnte. Das heutige Dänemark scheint jedoch, dem gleich gezeigten Bild weit entfernt zu sein. Die Änderungen, zu denen es in der letzten Zeit kam, werden zum Hauptthema des folgenden Textes.*

### **Dänemark und europäische Integration im historischen Überblick**

Die Geschichte der komplizierten Beziehungen des Dänischen Königstums zu den europäischen Gemeinschaften wurde bereits seit dem Anfang der Integrationsprozesse an der Wende der 40er und 50er Jahre geschrieben, weil diese Linie den dänischen nationalen Schlüsselinteressen entsprach. Dänemark orientierte seine Außenpolitik seit einer längeren Zeit in zwei Richtungen. Es bemühte sich, seine Sicherheit zu stärken und die Bedürfnisse seiner kleinen vom Rohstoffeinfuhr und Ausfuhr eines grossen Teils

der Produktion abhängigen Wirtschaft zu befriedigen. Die Projekte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Grünen Gemeinschaft oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft konnten im gewissen Mass beide Einsprüche erfüllen helfen. Sie wuchsen aus den Ideen der Beseitigung der deutsch-französischen Erbfeindschaft, demokratischen Kontrolle über die strategischen Bereiche der deutschen Wirtschaft und ökonomischen Verflechtung der Mitgliedstaaten, die ausschliessen würde, dass sie gegeneinander beginnen zu kriegen, und deshalb waren sie mit der Festigung des Friedens im westlichen Teil Europas eng verbunden. Gleichzeitig wurden sie auch auf die Vertiefung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eingestellt und aus diesem Grund boten sie auch eine Möglichkeit von Importstabilisierung und Absatzerweiterung an. Deshalb verfolgten die dänischen Regierungen während den 50er Jahren alle Pläne, die unter Frankreich, Deutschland Italien und Benelux-staaten entstanden und werteten sorgfältig, was für Konsequenzen sie für das Königtum haben können.<sup>1</sup>

Es gab jedoch auch ein grosses Hindernis, dass sich einer Mitgliedschaft in der Gruppierung oder einer engeren Mitarbeit Dänemarks mit der Sechs in den Weg stellte. Dänemark war sowohl ökonomisch als auch politisch an Grossbritannien und an andere skandinavische Ländern angeschlossen und diese Bindung schien durch eine eventuelle tieferer Kooperation mit der Sechs bedroht zu sein. Jeder Zeit, wenn Dänemark vor der Frage stand, wie es seine Beziehungen zur Gemeinschaften regeln soll, verursachte der angegebene Zwiespalt zwischen den Interessen und der territorialen Orientierung der dänischen Aussenpolitik, dass unter der dänischen politischen Repräsentation einen anfänglichen Enthusiasmus ein schwieriges Zögern ablöste. In Gesamtansicht widmete sich Dänemark bis 1961 viel intensiver den Integrationskonzepten, die aus der Initiative anderer nordischen Ländern oder Grossbritanniens kamen, d.h. dem Konzept einer nordischen Zollunion, einer europäischen Freihandelszone und einer Europäischen Freihandelsgemeinschaft.<sup>2</sup>

Im Jahre 1961 änderte sich die verwickelte Lage, in der sich Dänemark bis dahin befand, bedeutend infolge eines wesentlichen Schubs in den britischen Stellungnahmen. Grossbritannien, das länger als 10 Jahre ablehnte,

---

<sup>1</sup> Olesen, T. B., Hrsg., *Interdependence Versus Integration, Denmark, Scandinavia and Western Europe 1945–1960*, Odense University Press, Odense, 1995, S. 115–166, Thomsen, B. N., Hrsg., *The Odd Man Out?, Danmark og den Europæiske integration 1948–1992*, Odense Universitetsforlag, Odense 1993, S. 29–104.

<sup>2</sup> Olesen, Hrsg., S. 40–61, 197–212.

sich an den von der Sechs vorbereiteten Projekten zu beteiligen, traf die Entscheidung, dass es sich um die volle Mitgliedschaft in den europäischen Gemeinschaften bewerben wird. Gleichzeitig, da Grossbritannien gemeinsam mit der Sechs eine Kernrolle im Aussenhandel Norwegens und Schwedens spielte, öffnete sich auch die Perspektive eines engeren Anschlusses dieser Staaten an die EG. Das bedeutete, dass alle wichtigsten dänischen Wirtschaftspartner rund einer Integrationsgruppierung konzentriert werden und das Hauptproblem in dänischen Beziehungen zu den Gemeinschaften verschwindet. In der Mitte des Sommers 1961 äusserte das dänische Parlament, Folketing, aufgrund eines dringenden Gesuchs der Regierung mit der Mehrheit von 150 : 20 Stimmen sein Einverständnis damit, dass Dänemark beginnt, über die Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften zu handeln, und am 10. August (kurz nach Grossbritannien) lieferte Dänemark nach Brüssel seine offizielle Anmeldung.<sup>3</sup>

Der eigentliche Weg in die EG verlief jedoch trotz die im Beginn der 60er Jahre verzeichneten Veränderungen, nicht einfach, da die Bestrebung Dänemarks, Grossbritanniens und auch Irlands und Norwegens nach der Aufnahme in die Gemeinschaften stiess wiederholt auf einen Widerstand von der Seite Frankreichs. Die Schwierigkeiten quallen jetzt vor allem von den Vorbehalten, die zu der Erweiterung der Gemeinschaften der französische Präsident Charles de Gaulle hegte. Infolge dessen wurden die Verhandlungen auf lange Zeit gelähmt und die Mühe von vier Kandidatländern konnte erst dann mit einem Erfolg gekrönt werden, als de Gaulle seinen Post verlassen musste. Deshalb wurden die Beitrittsaufträge erst in der Periode vom Juni 1970 bis Januar 1972 vorbereitet und die Mitgliedschaft entstand endgültig am 1. 1. 1973.<sup>4</sup>

## **Die Grunde und das Charakter der dänischen Euroskepsis**

Trotz den Schwierigkeiten und Komplikationen, die es in der Beziehung zu den Gemeinschaften gab, hielten die meisten politischen Kräfte

---

<sup>3</sup> Thomsen, Hrsg., S. 126–133, Andersen, H. W., Dansk Politik i går og i dag, Fremads fokusbøger, Viborg, 1976, S. 194–197.

<sup>4</sup> Pinder, J., Evropské společenství, Budování unie, Nadace Jiřího z Poděbrad pro evropskou spolupráci, Praha, 1994, S. 54–56.

Dänemarks die Integrationsprozesse in den 50er und 60er Jahren für positiv. Von verschiedenen Meinungsumfragen und auch von den Ergebnissen der Volksabstimmung, die der Beitritt in die EG voranging, ist zu urteilen, dass dasselbe auch für einen grösseren Teil der Öffentlichkeit galt. Dieses langfristige Konsens überlebte aber paradox nicht das erste Jahr der Mitgliedschaft. Im Rückblick auf die bisherige Entwicklung der europäischen Integration muss man die Zeitstaffelung der Erweiterung für sehr ungünstig halten. Ein paar Monate nach ihrer Realisierung begann nämlich die Ölkrise und bei der Mitwirkung einiger anderer Faktoren (wie z. B. der Rohstoffkrise oder der Mängel der keynesianischen ökonomischen Politik) umwandelte sie sich bald in eine allgemeine Krise der Weltwirtschaft. Von der Krisenentwicklung wurde natürlich auch Dänemark stark betroffen. Es wurde das dynamische Wachstum gebrochen, das für das vorhergehende Jahrzehnt typisch war, erhöhte sich die Inflationsrate und stieg also die Arbeitslosigkeit.<sup>5</sup>

Obwohl ein solcher Stand nicht der dänischen Präsenz in der Europäischen Gemeinschaften zuzuschreiben war, wurde er damit sehr oft verbunden. In Augen mancher dänischen Bürger entsprach er den negativen Visionen, mit denen die dänischen Oppositionsbewegungen gegen EG vor dem Beitritt kamen, und bestätigte, dass Dänemark mit seiner Anschluss an die Gemeinschaften einen Fehler machte. Nachdem noch das Vereinigte Königreich begann die Richtigkeit dieses Schrittes zu bezweifeln, erklangen sogar nach einer Beendigung der Mitgliedschaft rufende Stimmen. Die Stellungnahmen zu der Integration änderten sich auch an der dänischen politischen Szene. Während früher die dänische Mitgliedschaft in den EG und seine Partizipation auf der eventuellen Vertiefung der Integration vier grösste politische Parteien – die Sozialdemokraten (Socialdemokratiet), Liberalen (Venstre), Radikalen (Radikale Venstre) und Konservativen (Konservative Folkeparti) stützten, nun schwächte diese Front ab, weil die Sozialdemokraten unter dem Druck ihrer Wähler und unter der Last einer inneren Spaltung auf ihre bisherige Standpunkte verzichteten und für den folgenden Zeitraum sich zu den Zögernden oder sogar Gegnern einreihen.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Rasmussen, S. H., *Sære Alliancer*, Odense Universitetsforlag, Odense, 1997, S. 81, Kudrina, J. V., Roginskij, V. V., *Istorija Danii, XX vek*, Nauka, Moskva, 1998, S. 168–171.

<sup>6</sup> Kelstrup, Hrsg., S. 338, Thomsen, Hrsg., S. 216.

Die gerade erwähnte Lage herrschte fast ausnahmslos bis die Mitte der 80er Jahre, als Dänemark vor der schwierigen Aufgabe stehen blieb, das Einheitliche europäische Akt zu ratifizieren. Das Akt durchfiel im Folketing, indem es ihm gelang, nicht einmal eine Hälfte von Stimmen der Abgeordneten zu gewinnen. Es drohte, dass Dänemark mit anderen EG-Mitgliedern eine Sonderlösung wird suchen müssen und ein eventueller Misserfolg sein Verbleiben in der Gemeinschaft in Frage stellt. Deshalb entschied sich die Regierung, das Akt einer beratenden Volksabstimmung vorzulegen und das Referendum endete erfolgreich. Anschliessend bekam das Akt die Stütze von Sozialdemokraten und konnte akzeptiert werden. Da die Schaffung des einheitlichen Binnenmarkts, zu der das Akt vor allem richtete, mit dänischen Wirtschaftsinteressen übereinstimmte, eröffnete sich damit eine neue Etappe, in der Dänemark zu den fleissigsten EG-Staaten gehörte und zusammen mit Frankreich die zu der Realisierung des Binnenmarktes notwendige Massnahmen am schnellsten durchführte.<sup>7</sup>

Der Integrationenenthusiasmus überlagerte diesmal aber nur vorübergehend. Er erschöpfte sich am Anfang der 90er Jahre, als die EG-Mitglieder begannen ihr gemeinsames Werk in eine Union zu transformieren. Unter verschiedenen Integrationskonzepten zugute Dänemark immer die funktionalistische Auffassung bevor. Es war für eine Vertiefung der zwischenstaatlichen und überstaatlichen Kooperation in den Bereichen, wo es den Partizipanten einen erhöhten Nutzen bringt. Es widersetzte jedoch verschiedenen federalistischen Ideen und war an alle Vorstellungen, die eine Union entwarfen, sehr empfindlich. Trotz einer offenbaren Mühe sicherte die dänische Regierung in ihrer Kampagne notwendige Stütze der Wähler für den Vertrag von Maastricht nicht. Die dritte Volksabstimmung, zu der es im Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften kam, lehnte mit einem sehr engen Ergebnis von 50,7 % dagegen : 49,3 % dafür den Text des Vertrages ab.<sup>8</sup>

Da die Entscheidung der dänischen Öffentlichkeit einer weiteren Entwicklung der Integration im Weg stand, waren für folgende Monate intensive Verhandlungen sowohl auf der dänischen einheimischen politischen Szene als auch auf der Brüsseler Front kennzeichnend. Eine Lösung fand

---

<sup>7</sup> Rasmussen, S. 117, Kelstrup, M., Hrsg., *European Integration and Denmark's Participation*, Copenhagen Political Studies Press, Copenhagen, 1992, S. 329.

<sup>8</sup> Thomsen, Hrsg., S. 149–150, Thune, Ch., *Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der EG – Dänemark*, in Weidenfeld, Wessels, Hrsg., *Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93*, Europa Union Verlag, Bonn, 1993, S. 309.

man auf dem EG-Gipfel in Edinburgh, nachdem die dänischen politischen Parteien zu einem nationalen Kompromiss gekommen waren. Zum Vertrag von Maastricht wurden noch zusätzliche Dokumente vorbereitet, von denen die sogenannten Edinburgher Beschlüsse am wichtigsten waren, weil Dänemark damit eine Garantie bekam, dass ihm die Gemeinschaften in vier für die dänische Bevölkerung und politische Repräsentierung kompliziertesten Sphären Ausnahmen erlauben. Hauptsächlich ging es darum, dass das Dänische Königtum.

1. an der dritten Stufe der vorbereiteten Währungsunion, in der die nationalen Währungen mit einer gemeinsamen Währung ersetzt werden, nicht teilnehmen muss,
2. auf seine Beteiligung an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik verzichten darf,
3. seine souveränen Befugnisse in den Bereichen Justiz und Inneres auf die Organe der Union nicht überträgt und
4. die Bürgerschaft der Union, die der Vertrag von Maastricht in den zweiten Teil des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ergänzte, für ein nur neben der Staatsangehörigkeit einzelner Mitgliedsstaaten stehendes und die von einzelnen Staaten ihren Bürgern garantierte Rechte erweiterndes Institut hält.<sup>9</sup>

Nach der Vervollständigung mit den Edinburgher Beschlüssen wurde der Vertrag von Maastricht für dänische Wähler bereits akzeptierbar. Das zweite Referendum, das am 18. Mai 1993 einberufen wurde, endete mit 57% von Ja-Stimmen gegen 43% von Nein-Stimmen.<sup>10</sup> Dieses Ergebnis zeugte davon, dass die Bereitschaft der EG-Partner, über Maastricht zu verhandeln, und ihre Toleranz, die sie bei den Gesprächen in Edinburgh zeigten, die dänische Öffentlichkeit sehr beeindruckten.

## Probleme einer EU-Mitgliedschaft mit vier Ausnahmen

Nachdem der Vertrag von Maastricht in Kraft getreten war, gliederte sich Dänemark voll in alle Aktivitäten, an denen seine Bevölkerung interessiert ist. Es unterstützte eine Demokratisierung der Union, Stärkung

---

<sup>9</sup> Thune, S. 311–312, Edinburgher Beschlüsse – <http://www.eu-oplysningen.dk/lovstof/traktat/edinburgh> (12. 8. 2001).

<sup>10</sup> Libánský, V., Evropská referenda, Integratec, Jahrgang. 1, N. 2, Praha, 2000, S. 5–7.

des Subsidiaritätsprinzips in einzelnen Gebieten, die das Fungieren der EU deckt, und kam mit zahlreichen Initiativen, was z. B. Menschenrechte, Umweltschutz, Verbraucherschutz oder Sozialversicherung betrifft. Es reihte sich weiter zu den Anhängern der Erweiterung von EU sowohl um andere nordische Länder und Österreich, was zum 1. 1. 1995 teilweise realisiert wurde, als auch um die postkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas, deren Aufnahme in einem längeren Zeithorizont realisiert werden sollte.<sup>11</sup>

Nach der das erste Maastricht-Referendum folgenden Krise gelang es also, ein effektives Modell des Anschlusses in die Mitarbeit im Rahmen der Union zu finden, das den dänischen Bedürfnissen entsprach und gleichzeitig die Beschlüsse von Edinburgh nicht berührte. Deshalb herrschte in Dänemark über die neue Ordnung eine Zufriedenheit. Der Fortgang der EU und ihrer Projekte führte jedoch dazu, dass die Ausnahmen bald mehr begannen, als ein Hindernis zu wirken. Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam und dem Übergang in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erschienen nämlich immer häufiger Situationen, wenn Dänemark seine Politik an die Entscheidungen der EU-Organe anpassen muss, ohne dass aufgrund der Edinburgher Ausnahmen am Entscheidungsprozess teilnehmen zu können, oder wenn sich Dänemark an einigen Aktivitäten nicht beteiligen kann, die ihm Vorteile und Nutzen bringen würden.

Was die Währungsmitarbeit betrifft, ist Dänemark mit dem Vertrag von Maastricht gebunden, seine Wirtschaftspolitik einem Ziel von Preisstabilität zu unterordnen. Dieses Ziel wird erfüllt, indem Dänemark seine Schritte auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Feld an das Verfahren der Europäischen Zentralbank oder im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, dem sog. ECOFIN, anknüpft. Im Einklang mit der Edinburgher Ausnahme arbeitet es aber nicht mit, wenn man in diesen Institutionen über einzelne Schritte handelt.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Thune, Ch., Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der EG – Dänemark, in Weidenfeld, Wessels, Hrsg., Jahrbuch der Europäischen Integration 1993/94, Europa Union Verlag, Bonn, 1994, S. 313–314.

<sup>12</sup> Udviklingen i EU siden 1992 på områder der er omfattet af de danske forbehold, DUPI, København, 2000, S. 235–238 – [www.dupi.dk/fmp4.0/web/1125.html](http://www.dupi.dk/fmp4.0/web/1125.html) (15. 6. 2000), Hvidbog Danmark og Europa, Danmarks regering, København, 2001, S. 271–273 – <http://www.eu-oplysningen.dk/upload/application/7lea8d3b/hvidbog.pdf> (12. 8. 2001).

Auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik führt die Existenz der Ausnahme wieder dazu, dass Dänemark nicht an peace-keeping oder peace-making Operationen teilnimmt, an denen es sonst sehr interessiert ist und die im Rahmen anderer internationalen Organisationen, wie UNO oder OSZE, unterschützt. In der Zeit, wann die Edinburgher Beschlüsse formuliert wurden, stand dieser Teil des zweiten Pfeilers der EU erst am Anfang seiner Entwicklung. Die Verteidigungspolitik wurde vor allem im Zusammenhang mit der Sicherheit der Territorien einzelner Mitgliedstaaten gegeben und man setzte voraus, dass sie militärisch mittels der Westeuropäischen Union durchgeführt wird. Dänemark orientierte sich traditionell mehr auf die Nordatlantikpakt-Organisation und wollte seine Beziehungen zu der WEU nicht über den Rahmen einer beigesellten Mitgliedschaft entwickeln.

Seit der Schaffung der GASP durch den Vertrag von Maastricht wurde aber manches geändert. Die politischen Probleme des europäischen Kontinentes in der letzten Dekade des 20en Jahrhunderts zeigten, dass die Sicherheit und Verteidigung nicht in altem nur auf interne Angelegenheiten der Staaten beschränktem Sinn zu verstehen ist und dass sie aktiv auch in den Krisengebieten ausserhalb der EU, zu denen z. B. einige Teile des ehemaligen Jugoslawiens gehören, realisiert werden müssen. Die Verteidigungspolitik rückte somit vor allem in das Bereich der Krisenvorbeugung und des Krisenmanagements. Ausserdem wurde unlängst die WEU in ihrem Kern mit NATO ersetzt. Eine solche Entwicklung entspricht den Prioritäten der dänischen Sicherheitspolitik ganz gut. Deshalb nehmen die dänischen Spezialisten auf diesem Gebiet an zivilen Mitarbeit teil. Die Ausnahme von Edinburgh ermöglicht aber nicht, dass sich dänische Soldaten ihrer militärischen Bereichen anschliessen. Dänemark kann sie in einem gewissen Mass beeinflussen, denn es darf bei entsprechenden Tagungen anwesend sein. Es geniesst jedoch nicht das Recht beim Entscheiden zu stimmen und Betätigt sich nicht bei der Durchführung von seiner Schlussfolgerungen.<sup>13</sup>

Eine ähnliche Situation herrscht jetzt auch in den Vergemeinschaftlichten Teilen des dritten Pfeilers der EU und des Schengenabkommens. Die Edinburgher Ausnahme wurde hier nicht gegen die im Vertrag von

---

<sup>13</sup> Khol, R., Nová politika EU pro 21. století, Společná bezpečnostní a obranná politika, Mezinárodní politika, Jahrgang. 24, N. 3, Praha, 2000, str. 4–5, Nikodém, A., The Treaty of Amsterdam and Its Implications for European Security, in: Kašička, Dubský, Hrsg., European Integration As a Way to Security and Prosperity, Nakladatelství litomyšlského semináře, Praha a Litomyšl 1999, S. 111–114, Udviklingen i EU siden 1992 ..., S. 246.



Maastricht verankerte Regelung des dritten Pfeilers gerichtet und deshalb brachte bis das Inkrafttreten des Amsterdamer Dokumentes keine Wirkungen hervor. Sie wurde erst dann erlebt, als man in Amsterdam einige Sachen von dem dritten Pfeiler in den ersten übertrug. Paradox ging es u. a. um die Visavorschriften, Flüchtlingsfragen und Asylrecht, denen Dänemark seit der Hälfte der 80er Jahre eine grosse Aufmerksamkeit widmet und wo es bereit ist, die Kooperation mit anderen EU-Ländern zu stärken. Dänemark geriet dadurch in eine komplizierte Lage. Es ist höchst wahrscheinlich, dass es brauchen wird, zahlreiche Schritte der Gemeinschaft zu verfolgen. Das stellt kein grundsätzliches Problem dar, wenn es sich um die Schengen-Mitarbeit handelt, wo sich Dänemark entweder an die Entscheidungen der Gemeinschaft einseitig anpassen darf oder ein anderes Regime mit ihrer Organen vereinbaren muss. Was aber andere Fragen betrifft, ist vor ihrer Übernahme eine Vereinbarung mit der Gemeinschaft nötig und in einigen Fällen könnte es schwierig sein, zu einer solchen Vereinbarung zu gelangen.<sup>14</sup>

Die einzige Ausnahme, die bisher keine Probleme verursachte, ist die vierte. Die seitens Dänemarks im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft erhobenen Vorbehalte drückten nämlich einen Standpunkt von meisten Mitgliedstaaten der Union aus. Von diesem Grund wurde auch die Passage der Edinburger Beschlüsse, die die Meinung und die Position dieses Institutes erklärt, in den Vertrag von Amsterdam eingeordnet. Die Ausnahme verschwand hiermit aber nicht und falls die Unionsbürgerschaft die Bürgerschaften einzelner Mitgliedstaaten bedrohen sollte, könnte sie wieder ausgenützt werden.<sup>15</sup>

Es ist klar, dass die Edinburger Beschlüsse bürgerliche Förderung für das dänische Partizipation an den fortschreitenden Integrationprozessen festigen. Ihre immer häufiger negativen Wirkungen führen jedoch gleichzeitig zur Schwierigkeiten in der Beziehung zwischen Dänemark und der EU. Nach Optimisten sollten sie zwar nicht ernst genommen werden, weil das zukünftige Europa nach dem Vertrag vom Amsterdam und dem neu unterzeichneten Vertrag von Nice das Europa von mehreren Geschwindigkeiten sein könnte, in dem alle Länder ihr eigenes Tempo für die Realisierung des gemeinsamen Werkes wenigstens teilweise bestimmen dürfen. Pessimisten warnen aber davor, dass sie zu einer Art von

---

<sup>14</sup> Udviklingen i EU siden 1992..., S. 251–255.

<sup>15</sup> Edinburger Beschlüsse, Der Vertrag von Amsterdam, Artikel 17.

B-Mitgliedschaft oder sogar Isolierung von anderen EU-Staaten führen wird. Abgesehen davon, was stimmt, muss Dänemark versuchen, ihre nachteilhaften Folgen abzuschwächen. Dazu richtet seit der Annahme des Vertrages von Amsterdam ihre Mühe auch die dänische Regierung.

Ein entfernter ausländischer Beobachter würde für das Einfachste halten, wenn Dänemark die Ausnahmen auflöste. In spezifischen Bedingungen, die es an der dänischen politischen Szene gibt, wäre jedoch schwierig, so etwas durchzusetzen. Die Ausnahmen, wie sie im Jahre 1992 beansprucht wurden, gingen von einem weiten nationalen Kompromiss hervor und bekamen eine Bürgerschaft von 7 der 8 damals im Folketing vertretenen Parteien. Die erste Regierung des Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussens bestrebt sich, das Kompromiss zu erhalten, auch bevor man begann, den Vertrag von Amsterdam vorzubereiten. Um die positive Stellungen derjenigen parlamentarischen Kräfte zu sichern, die für den Integrationsprozess nicht gerade günstig gestimmt waren, versprach sie, dass die Edinburgher Beschlüsse nicht berührt werden dürfen und bedingte ihre Änderung oder volle Aufhebung mit einem Referendum. Dabei ist überhaupt nicht einfach, ein Einverständnis der dänischen Bevölkerung zu sichern. Viele Dänen fühlen sich stolz, dass ihr Land fähig war, solche bedeutende Zugeständnisse seitens der Gemeinschaften zu gewinnen und sehen in den Ausnahmen eine Garantie dafür, dass sich das dänische Volk und die dänische Kultur bewahren. Obwohl (wie die Meinungsumfragen zeigen) bei weitem nicht alle von ihnen in der Lage sind, die Bereiche, in die die Ausnahmen reichen, richtig aufzuzählen, wiesen sie eine Tendenz aus, mehr zu der Begründung für ihre Erhaltung zuzuhören, und die Gründe für ihren Abbau eher zu übersehen. Für eine klare Probe dieses Standes kann man den Durchlauf der letzten EU-Volksabstimmung in der über die Einführung der gemeinsamen Währung entschieden wurde. Noch ein Paar Monate vor ihrer Realisierung schienen die Bedingungen für die Akzeptanz von Euro günstig zu sein, denn die Meinungsumfragen zeigten eine Überzahl von seinen Anhängern. Wie sich aber der Termin der Volksabstimmung näherte, glichen sich die Stellungen der Anhänger und der Gegner aus und die eigene Wahl endete am 28. September 2000 mit einem von 53% : 47% begründeten Nein.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Petersen N., Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der EU – Dänemark, in: Weidenfeld, Wessels, Hrsg., Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Europa Union Verlag, Bonn, 2000, S. 315, Holub, T., Dánsko odmítlo Euro, Co bude dál?, Mezinárodní politika, Jahrgang 24, N. 12, Praha, 2000, s. 20–21.

## **Eine neue Strategie der dänischen Regierung – das weisse Buch „Dänemark und Europa“**

Nach der Erfahrung vom letzten EU-Referendum lassen sich ein Durchlauf und Ergebnisse von zufälligen Volksabstimmungen über andere Edinburger Ausnahmen auch für sehr unsicher halten. Es ist wahrscheinlich, dass sowohl wegen Finanzkosten als auch wegen der politischen Folgerungen die dänische Regierung mit der Ausschreibung weiterer Referenda zögern wird. Die Stellung des Landes in der EU wurde doch bis jetzt nicht unerträglich und seit dem Inkrafttreten des Vertrages vom Amsterdam lernte sie schon, wie das Raum, das auch bei vollem Respekt zu den Ausnahmen übrig bleibt, auszufüllen. Sollte sich aber die dänische Position in der EU künftig komplizieren, muss sie bereit sein, angemessen zu reagieren. Um sich auf diese Möglichkeit tüchtig vorzubereiten, nutzte sie die Entscheidung, eine Regierungskonferenz über weitere Entwicklung der EU im Jahre 2004 einzuberufen, die auf der Tagung des Europäischen Rates im Nice getroffen wurde, und versucht auf dem einheimischen Feld eine breite Debatte über eine Neuordnung der dänischen Beziehungen zur EU und über den zukünftigen Charakter der EU überhaupt zu öffnen. Der Dialog sollte dabei nicht nur unter Regierungs- und Oppositionsparteien geführt werden, sondern auch unter weiten Schichten der Bevölkerung<sup>17,18</sup>

Den ersten grossen Beitrag in die Debatte (abgesehen von verschiedenen offiziellen Auftreten, Pressemitteilungen und Artikeln ihrer Vertreter) brachte die dänische Regierung bereits Mitte Juni 2001 in der Form eines weissen Buches (Dänemark und Europa) mit dem Subtitel – Erweiterung, Globalisierung und bürgerliche Verankerung“. Auf mehr als 400 Seiten wertet sie hier den gegenwärtigen Stand des dänischen Anschlusses in die Arbeit der Europäischen Union inklusive den von Edinburger Beschlüssen quellenden Problemen und schlägt vor, welche Ziele Dänemark für die kommenden Jahre zu verfolgen hätte.

---

<sup>17</sup> Um die Öffentlichkeit anzusprechen, schuf die dänische Regierung eine spezielle Webseite [www.europasfremtid.dk](http://www.europasfremtid.dk). Es sollten auch verschiedene Treffen der dänischen politischen Repräsentation organisiert werden.

<sup>18</sup> Lykketoft, M., EU's dagsorden efter Nice, Jyllands-Posten, 21. 1. 2001 – <http://www.um.dk/udenrigspolitik/europas/fremtid/artikler/artikler.asp> (12. 8. 2001).

Nach der im weissen Buch ausgedrückten Meinung der dänischen Regierung stehe die gegenwärtige EU von drei Aufgaben. Es sei notwendig, dass sie

1. Frieden und Sicherheit in Europa sichern helfe,
2. Gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme ihrer Mitgliedstaaten suche und
3. sich ihren Bürgern zu nähern bemühe.

Die erste und die zweite Aufgabe sei es ihr bereits in der Vergangenheit gelungen, erfolgreich zu erfüllen. Nun sei es aber wichtig, ihre Aktivitäten in diesen Bereichen an die Herausforderungen, die die Prozesse der seit ein Paar Jahren vorbereiteten Osterweiterung und immer schnellerer Globalisierung mitbringen. Die Dritte Aufgabe sei bisher unterschätzt worden, aber man müsse ihr in der Zukunft eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Deshalb findet die dänische Regierung für notwendig, dass sich die EU auf diejenigen Probleme konzentriere, die für die Union-Bürger grösste Bedeutung und Nutz haben, dass sie die Entscheidungskompetenzen so nah zu dem Bürger, wie möglich übertrage und dass sie eine demokratische Kontrolle der Arbeit ihrer Organe stärke.<sup>19</sup> Von gerade angegebenen strategischen Aufgaben zieht sie vor allem folgende kurzfristige Prioritäten, die noch vor der Regierungskonferenz im 2004 zu verfolgen sind:

- erfolgreiche Vollendung des Erweiterungsprozesses,
- grundsätzliche Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und der Regeln der Fischerei,
- Durchführung von weiteren Massnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes,
- Stärkung des Akzentes, der auf die ökologischen Aspekte der Energiepolitik gelegt wird,
- Verbesserung des Verbraucherschutzes,
- Erhöhung der Sicherheit bei den Lebensmitteln,
- schneller Bau eines gemeinsamen Marktes mit Wertpapieren,
- Stärkung der Mitarbeit in den Sachen, die mit der Sicherheit (und besonders ihrer zivilen Dimension) verbunden sind,
- Stabilisierung und Stärkung der Position der EU in der Weltwirtschaft,
- Stärkung der sozialen Kohäsion der EU-Staaten,
- Stärkung der globalen Rolle der EU und

---

<sup>19</sup> Hvidbog Danmark og Europa, S. 16–18.

– Reform der komunitären Organe, die zu ihrer grösseren Transparenz und Demokratisierung führt.

Für die dänischen Bürger beansprucht die dänische Regierung auch die Erweiterung der sogenannten nördlichen Dimension, in deren Rahmen sich die Kooperation der EU-Länder mit nicht-Mitgliedstaaten im nördlichen Europa und an der Ostsee entwickelt.<sup>20</sup>

Die im weissen Buch entworfenen Prioritäten stellen natürlich nichts Definitives dar, weil sie (wie schon erwähnt) vor allem wie ein Impuls zur weiteren Gesprächen gedacht werden. Fast es aufgrund des weissen Buches wirklich gelingt, eine weitreichende Debatte zu eröffnen, können sie sich natürlich schieben. Zwei Tatsachen ergeben sich aber von dem Text der weissen Buchs eindeutig heraus. 1. Die dänische Regierung wird die damit festgelegten Ziele verfolgen, wenn Dänemark in der zweiten Hälfte der Jahres 2002 der EU vorsitzt. 2. Dänemark will sich nicht mehr in der Lage eines problematischen Partizipants an dem Integrationsprozess befinden. EU bildet nicht das einzige Bestandteil der dänischen Aussenpolitik und das einzige Instrument, das Dänemark zur Lösung von Drohungen, die die gegenwärtige Situation in der Welt und in Europa verbirgt, die dänische Regierung hält ihn aber für den wichtigsten. Deshalb möchte sich Dänemark für die Folge zu den aktivsten Mitgliedern einreihen, die die Weiterentwicklung der EU zu einem starken (aber nicht föderalisierten!) Gruppierung im globalen Kontext prägen und dazu seine fast 30-jährige Erfahrungen ausnützen.

*Man sieht klar, dass die dänische Politik seit ihrer euroskeptischen Periode einen grossen Fortschritt machte. Das weisse Buch „Dänemark und Europa“ stellt in diesem Kontext noch ein weiteres zur Fortsetzung dieses Prozesses gerichtetes Versprechen. Es wäre ausgezeichnet, wenn die Mühe der dänischen Regierung, die in diesem Dokument ausgedrückt wird, mit einem Erfolg endete. Eine erhöhte Aktivität in allen Organen der Union würde nicht nur für Dänemark selbst beiträglich, sondern auch für die ganze EU und für die Kandidatsstaaten, die über die Beitritt gerade verhandeln und die seitens Dänemarks eine wichtige Stütze bekommen.*

---

<sup>20</sup> Hvidbog Danmark og Europa, S. 96–159.